

Danziger Zeitung.

Nr 16271.

Die "Danziger Zeitung" erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Kettelerhöfergasse Nr. 4 und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M. durch die Post bezogen 5 M. — Interate kosten für die Petitionen oder deren Raum 20 S. — Die "Danziger Zeitung" vermittelt Anzeigenaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.



Beitung.

1887.

Teleg. Nachrichten der Danziger Zeitung.

Strasburg i. E., 23. Jan. Prinz Alexander von Hessenberg ist heute früh nach Italien abgereist.

Paris, 23. Jan. Wie aus Hanoi von heute berichtet wird, nahm der Oberst Brissaud in der Nacht vom 20. zum 21. d. M. die feindliche Stellung von Vitiae in der Provinz Thanhhoa weg. Die Rebellen, welche in voller Aufführung die Flucht ergriffen, verloren an Todten 500 Mann, die französischen Truppen hatten keine Verluste. Die Verfolgung wurde sofort eingeleitet.

Rom, 23. Jan. Die bulgarischen Delegirten sind nach Konstantinopel abgereist.

Brüssel, 23. Jan. Wie der "Étoile Belge" meldet, haben heute Nachmittag anlässlich einer sozialistischen Kundgebung in Jetze bei Brüssel Ordnungsführungen stattgefunden, wobei ein Gendarm verwundet und seiner Waffe beraubt wurde. Von hier sind 25 Gendarmen nach Jetze entsandt worden.

Politische Uebersicht.

Danzig 24. Januar.

Die auswärtige Lage.

Die verhältnismäßige Verhübung in Sachen der auswärtigen Politik, welche nach der Rede des Reichskanzlers im Reichstag nicht nur nach der russischen sondern auch nach der französischen Seite eingetreten ist, wurde in den letzten Tagen durch eine Reihe von Mittheilungen in Frage gestellt, welche wohl mit Recht in das Kapitel "Wahlmannöver" eingereiht werden. Einen Sinn hätten sie nur, wenn man wirklich Frankreich die Absicht zuschreibt, in allerhöchster Zeit zu einem Angriff gegen Deutschland überzugehen. Es wäre das um so auffallender, als die Beziehungen zwischen Deutschland und Österreich zu Russland eine entschieden friedlicher Wendung genommen haben, so dass also Frankreich bei einem Angriff gegen Deutschland darauf gefasst sein müsste, allein der deutschen Kriegsmacht gegenüberzutreten. Damit werde in Frankreich die seit dem Kriege von 1870/71 festgehaltene Absicht, einen nochmaligen Kampf mit Deutschland nur zu unternehmen, wenn es der Mitwirkung einer anderen Macht sicher wäre, aufgegeben sein. Verständlich wäre ein solches Unternehmen, wenn, wie das vor einigen Monaten der Fall war, Frankreich darauf rechnen könnte, dass Russland die Beschäftigung Deutschlands an der westlichen Grenze benutzen werde, die Hindernisse seiner Dreiopposition hinwegzuräumen. Der Schwerpunkt der großen Rede des Reichskanzlers im Reichstage lag gerade darin, dass an einem Krieg zwischen Russland und Deutschland nicht zu denken sei, so lange Deutschland nicht nach Bulgarien gebe, um Russland herauszufordern. Seitdem hat sich zur Deutschen herausgestellt, dass die Zurückhaltung Deutschlands in der bulgarischen Frage auf Österreich einen sehr abflühenden Eindruck gemacht hat.

Wenn jetzt aus Sofia über die Möglichkeit einer Verständigung mit Russland berichtet wird, so ist das in der Hauptsache eine Folge der Ratschläge, welche der bulgarischen Deputation hier, in Wien und sogar in London gegeben worden sind. Wie die Dinge wirklich stehen, darauf deutet der Umstand, dass sogar die Councillatur des Fürsten von Mingrelien, die recht eigentlich eine Conventionscandidatur war und sein sollte, in den Hintergrund tritt.

Bei dieser Sachlage ist an einen Angriff Frankreichs, vor allem in diesem Augenblick, nicht zu denken. In der französischen Budgetcommission ist ja soeben erst die erste Rate für die Beschaffung der neuen Waffen (Repetiergewehr) bewilligt worden, während bekannt ist, dass die neue Bewaffnung der deutschen Armee in wenigen Monaten vollendet sein wird. Die Alarmannachrichten, die zudem mit einer leicht verständlichen, auf die Wahlen berechneten Nutzanwendung verbreitet werden, sind demnach nicht ernst zu nehmen.

Der Zusammentritt des Reichstags
ist, sicherem Vernehmen nach, schon zum 8. März in Aussicht genommen, so dass also sowohl die Erledigung der Heeresvorlage wie die Feststellung des Reichshaushaltsetats bis zum 1. April zu ermöglichen wäre.

So lautet jetzt eine offizielle Meldung der "Kölner Blätter". Im November hieß es: Wenn die Militär-Vorlage nicht vor Neujahr durchberathen ist, so kann sie zum 1. April nicht in Kraft treten.

Die Sozialdemokraten bei den Wahlen.

Es war in mehreren Zeitungen die Nachricht verbreitet worden, dass die Sozialdemokraten sich schliesslich gemacht hätten, in Wahlkreisen, in denen die sozialdemokratische Stimmenzahl nicht in das Gewicht fiele, gleich für die Freisinnigen oder die Clericalen zu stimmen. Dies ist, wie wir erfahren, nicht ganz zutreffend, im Gegentheil, die Sozialdemokraten sind aufgefordert, überall mit eigenen Kandidaten vorzugehen und keine Compromisslösung welcher Art abzuschließen. Bei der Stichwahl dürfen die Sozialdemokraten nur dann die Kandidaten des Freisinnigen und des Centrums unterstützen, wenn diese sich verpflichten, gegen das Socialstengelge zu stimmen. Wird diese Verpflichtung nicht eingegangen, so ist Wahlenthaltung zu proklamieren. Bei Stichwahlen zwischen Nationalliberalen und Conservativen soll immer Wahlenthaltung eintreten.

Die Sozialdemokraten haben übrigens nun auch einen Wahlaufruf erlassen. In demselben wird gefragt, nur durch die Wahl sozialdemokratischer Abgeordneter würden die wirklichen Volksinteressen vertreten; das Budgetrecht des Reichstages sei bloßer Blendwerk, wenn es nicht mit alljähriger Budgetbewilligung verbunden sei. Der Aufruf entwickelt sodann das bekannte sozialdemokratische Programm, bezeichnet das allgemeine Wahlrecht für bedroht, weist auf die Verfolgungen hin,

welchen die Partei in den letzten Jahren ausgeübt war, sowie darauf, dass keine der Versprechungen, die bei Inszenierung der neuen Wirtschaftspolitik gemacht wurden, erfüllt worden ist und schließt mit einem Appell an das Volk, welches wählen soll zwischen der Socialdemokratie und deren Freunden, die auch Gegner des Volkes seien.

Das Schriftstück trägt die Namen von neunzehn sozialistischen Abgeordneten. Die Wahlgeschäfte werden geführt von dem Centralwahlkomitee, bestehend aus Hasenclever-Halle, Grillenberger-Nürnberg, Liebnecht-Borsdorf bei Leipzig, Meister-Hannover und Singer-Plauen bei Dresden.

Das Cartell.

Herr v. Bennington hat gesprochen. Der offizielle Telegraph bringt einen Bericht über sein getriggtes Aufstreben in Hannover (vergl. unter Berlin). Bennington hat es für gut befunden, gleichfalls das Schredbild an die Wand zu malen und zu behaupten, in der Annahme der unverkürzten Militärvorlage läge „die einzige Hoffnung, dass uns ein verdeckter Krieg vielleicht erwartet bliebe.“ Wir halten diese Argumentirung für unverantwortlich. Das folche Motive von den Offiziösen angewandt werden, um Stimmung zu machen, wundert niemand; von Herrn v. Bennington aber hätte man eine sachlichere Beweisführung erwarten dürfen.

Herr v. Bennington hat natürlich auch das Wahlcartell für den Zweck der Bewilligung des Septennats zu rechtfertigen gefucht. Auch der Wahlaufruf der Nationalliberalen hatte behauptet, dass die Partei trotz des Wahlkompromisses mit den hochconservativen Freunden des Ministers v. Puttmann, deren Belämpfung Herr v. Bennington noch 1884 als absolut notwendig und unerlässlich bezeichnete, an ihrem alten politischen Grundsätzen festhielt; mit anderen Worten, dass die nationalliberale Partei nach den Wahlen dieselbe sein werde, die sie früher, zu den Seiten des Herrn v. Bennington war. Indessen, davon ist wirklich gar keine Rede. Es ist und bleibt notorisch, dass für das Septennat allein der Reichstag gar nicht aufgelöst worden wäre. Das die Rechnung nicht stimmt, d. h. dass das Wahlcartell nicht lediglich zur Durchsetzung des Septennats geschaffen ist, giebt auch die nationalliberale Presse ohne Wetteres zu. Zunächst freilich behauptete die "National-Btg.", die Nationalliberalen würden eben so gut wie für einen Conservativen, auch für Herrn Dr. Bamberger stimmen, wenn dieser das Septennat annehme. Aber das Argument hat sie sehr bald wieder aufgegeben. Sie ersetzte dasselbe durch eine Aufzählung derjenigen Fragen, in welchen die Deutschskeenigen, angeblich zur Verfügung des Herrn Dr. Windhorst, der Reichspolitik Schwierigkeiten gemacht hätten, um zu beweisen, dass „nicht bloss um der Militärfrage willen“ die mögliche Erzeugung von Deutschfreiheit stimmen durch andere Liberales geboten ist.

Diese „mögliche Erzeugung“ herbeizuführen, das ist der Zweck des von Herrn Miquel und von Bennington und den Herren v. Köller, v. Kardorff u. s. w. abgeschlossenen Wahlkompromisses. Mit der grundsätzlichen Unveränderlichkeit der Nationalliberalen ist es demnach nichts. Denn das ist doch klar. Bei dem Wahlkampf wird es sich nicht um den zweiten Directovertyp im auswärtigen Amt, noch um die Sandwüsten von Angra-Bequena, noch um die Dampfersubvention, selbst nicht einmal um die Beurtheilung der Polenauströmungen handeln, sondern um die Wahl von „Liberalen“, für welche die conservativen Wähler ohne Gewissen beunruhigung ihre Stimme abgeben können. Und diese „Liberalen“ werden in der Praxis genau so stimmen, wie die Conservativen.

Die "Nat. Btg." meint allerdings, die Nationalliberalen hätten ebenso gegen Monopol und reactionäre Verfassungsänderungen gestimmt, wie die Deutschskeenigen. Lässt doch Herr von Bennington 1878 auf das Ministerpostesellie verzichten, weil er das Tabakmonopol nicht wollte. Bekanntlich hat die Nord. Allg. Btg. diese Auffassung für irrtümlich erklärt; Herrn v. Bennington sei überhaupt kein Postesellie angeboten worden. Aber abgesehen davon bleibt noch die Frage zu beantworten, ob Herr v. Bennington das Tabakmonopol abgelehnt hat, weil er persönlich der Einführung des Monopols grundsätzlich widerstreite, oder weil er seiner Partei bei der Entscheidung für das Monopol nicht sicher war. Was das Brantweinmonopol betrifft, so ist es bekannt, — man kann sich auf das Zeugnis des Finanzministers v. Scholz und des Herrn Überbürgermeisters Dr. v. Fischer berufen — dass nicht alle Nationalliberalen dieses Monopol perhorrescieren und dass die Monopolvorlage hauptsächlich deshalb gescheitert ist, weil die Regierung die Einnahmen aus dem Monopol mit den Kartoffelbrantweinbrennern theilen wollte.

Was die "Nat. Btg." unter reactionären Verfassungsänderungen versteht, weiß man nicht recht. Für die Verlängerung der Legislaturperioden auf 5 Jahre haben sich die Nationalliberalen wiederholt erklärt; selbst zweijährige Stats waren nicht absolut "reactionär", wenigstens nicht unter normalen Verhältnissen. Prof. Gneist hat sich in Abgeordnetenhaus bei der Beratung des Antrags Stern wegen Einführung der geheimen Abstimmung bei den preussischen Wahlen über die geheime Wahl in sehr verdächtiger Weise ausgesprochen, ohne dass er seitens der Partei recidiviert wurde. In allen diesen Fällen wird eine Partei, welche ausschließlich mit Hilfe der Conservativen gewählt ist, an Zuverlässigkeit viel zu wünschen übrig lassen.

Das conservativ-nationalliberale Wahlcartell ist keineswegs nur um des Septennats willen abgeschlossen, sondern um auf dem Umwege über die Militärvorlage die große Mittelpartei, die Partei Bismarck seine Phrase zu Stande zu bringen. Das Septennat ist auch hier nur ein Vorwand.

Die Geschichte des Septennats wird jetzt von vielen Seiten nicht mit der Correctheit dargestellt, welche die erste Bedingung für einen Geschichtsschreiber ist. Die Behauptung, dass die

7jährige Periode für die Feststellung der Friedensstärke im Jahre 1874 als für die Daner berechneter Compromiss gewählt sei, entspricht nicht den Thatsachen. Wäre das der Fall, so hätte dieser Compromiss auch sehr leicht eine dieser Absicht entsprechende Fassung in der Gesetz von 1874 erhalten können. Gerade aus der Witte derjenigen, welche 1874 für das Septennat stimmten, ist damals erklärt, dass diese Feststellung nicht bindend sei solle für die Zukunft.

Dasselbe ist 1880 geschehen. Wie man selbst im conservativen Lager die Sache ansah, mag aus folgender Auszierung der "Schles. Btg." (Leitartikel vom 7. März 1880) hervorgehen, welches Blatt im Uebrigen für eine möglichst lange Beweisung der Friedensstärke eintrat:

"Wir lassen dabeygestellt, schreibt das conservative Blatt, ob man, wenn doch einmal Concessions gemacht würden, vom Standpunkte der politischen Klugheit nicht weiter gehabt hätte, sofort das weitere Zugeständnis zu machen, das die Heeresstärke alljährlich festgestellt werden sollte; der Satz von einem Procent der Bevölkerung wäre dann gewissmaßen Gewohnsatz geworden, die notwendigen Erhöhungen hätten sich allmählich leichter erzielen lassen und die Milizfrage würde aufgehört haben, von Zeit zu Zeit einen neuen Character anzunehmen."

Dieser Meinung des conservativen Blattes sind auch die entschieden Liberalen früher und jetzt gewesen. Wer einen zukünftigen Conflict vermeiden will, der wirkt dahin, dass die Feststellung der Friedensstärke ohne solche Kämpfe, wie sie die siebenjährige Periode naturgemäß mit sich führen muss, vor sich geht.

Die Rückkehr der Orden.

Nach römischen Meldungen hätte die preußische Regierung in der Ordenfrage soweit nachgegeben, dass das preußische Ordensgesetz, insoweit dasselbe diejenigen Orden, welche sich nicht mit der Krankenpflege beschäftigen, von dem preußischen Gebiet ausgeschlossen, einfach aufgehoben wird. Andererseits scheint aber die volle Freiheit der Orden, wie sie vor den Maigesetzen bestand, auch jetzt noch nicht zugestanden zu sein. Das Staatsministerium, bei die Minister des Innern und des Cultus, würden im einzelnen Fälle der Errichtung von Niederlassungen der im Prinzip nicht mehr beanstandeten Orden zu stimmen haben, so dass die Regierung immer eine gewisse Controle über die Ausdehnung des Ordenswesens zustehen würde. Hierzu würde dieser Vorbehalt eine wesentlich praktische Bedeutung nicht haben. Wichtiger wäre, wenn es sich bestätigte, dass demnach auch die Schulschwestern wieder zu gelassen werden müssten.

Dass das Revisionsgesetz keine Bestimmung über die Zulassung des Jesuitenordens enthält, versteht sich von selbst. Das Jesuitengebet ist eben ein Reichsgesetz, das über die Regelung der Anzeige die Verhandlungen noch in der Schwebe seien, steht nicht recht im Einlang mit der Anklage, dass der Gelehrtenwurf in sehr naher Zeit dem Landtag zugehen werde. Es ist kaum wahrscheinlich, dass die Curie in dieser Richtung erhebliche Zugeständnisse machen wird.

Der Kanzlerposten in Russland.

Wie man aus Petersburg meldet, tritt daselbst das Gericht von einer bald bevorstehenden Reaktivierung des kriminalistisch seit dem Tode Gortschakows verwaisten Reichskanzlerpostens gegenwärtig mit einiger Bestimmtheit selbst in meist gut informierten Kreisen auf.

Chamberlain,

der Führer des linken Flügels der englischen Unionisten, hielt am Sonnabend in einer Wählersversammlung in Hawick eine Rede, in welcher er die jüngste Conferenz zwischen den Führern der liberalen Partei beprach. Wenn er auch zugebe, dass die Schwierigkeiten, welche zu überwinden wären, sehr ernste seien, so könne er doch constatiren, dass die Hoffnungen, mit welchen man in die Conferenz eingetreten sei, sich erfüllt hätten durch das, was stattgefunden habe. Alle diejenigen, welche der Conferenz beigejewohnt hätten, sowie diejenigen, welche in der Conferenz direct oder indirect vertreten gewesen, seten von dem loyalen Wunsche beseelt, die Eintracht auszudehnen bis zu den äußersten Grenzen der Prinzipien, welche beide Theile als fundamentale ansehen. In keinem Falle werde die Einigkeit der liberalen Partei erkaufst werden durch eine Demütigung oder Unterwerfung, welche den einen oder den andern Theil der Partei verächtlich machen könnte. Eine freie und ehrenhafte Meinungsverschiedenheit sei besser, als ein gegen ungernwollte Concessionen erkaufster Waffenstillstand.

Russland und die bulgarische Krise.

Wie das offizielle "Journal de St. Petersbourg" erfährt, begegnen die Bestrebungen zu einer Beilegung der Krise in Bulgarien einer günstigen Aufnahme seitens der meisten Regierungen, welche die Aufrechterhaltung des Friedens wünschen. Die Hauptsache sei, dass man sich einer legalen Situation gegenüber befinden, wie sie von Anfang an die russische Regierung verlangt habe. Eine Verständigung über die Wahl eines Fürsten über die Bedingungen seiner Erwählung und seiner Candidatur, welche die Aufrechterhaltung des Friedens wünschen. Die Hauptsache sei, dass man sich einer legalen Situation gegenüber befinden, wie sie von Anfang an die russische Regierung verlangt habe. Eine Verständigung über die Wahl eines Fürsten über die Bedingungen seiner Erwählung und seiner Candidatur, welche die Aufrechterhaltung des Friedens wünschen. Die Hauptsache sei, dass man sich einer legalen Situation gegenüber befinden, wie sie von Anfang an die russische Regierung verlangt habe. Eine Verständigung über die Wahl eines Fürsten über die Bedingungen seiner Erwählung und seiner Candidatur, welche die Aufrechterhaltung des Friedens wünschen. Die Hauptsache sei, dass man sich einer legalen Situation gegenüber befinden, wie sie von Anfang an die russische Regierung verlangt habe. Eine Verständigung über die Wahl eines Fürsten über die Bedingungen seiner Erwählung und seiner Candidatur, welche die Aufrechterhaltung des Friedens wünschen. Die Hauptsache sei, dass man sich einer legalen Situation gegenüber befinden, wie sie von Anfang an die russische Regierung verlangt habe. Eine Verständigung über die Wahl eines Fürsten über die Bedingungen seiner Erwählung und seiner Candidatur, welche die Aufrechterhaltung des Friedens wünschen. Die Hauptsache sei, dass man sich einer legalen Situation gegenüber befinden, wie sie von Anfang an die russische Regierung verlangt habe. Eine Verständigung über die Wahl eines Fürsten über die Bedingungen seiner Erwählung und seiner Candidatur, welche die Aufrechterhaltung des Friedens wünschen. Die Hauptsache sei, dass man sich einer legalen Situation gegenüber befinden, wie sie von Anfang an die russische Regierung verlangt habe. Eine Verständigung über die Wahl eines Fürsten über die Bedingungen seiner Erwählung und seiner Candidatur, welche die Aufrechterhaltung des Friedens wünschen. Die Hauptsache sei, dass man sich einer legalen Situation gegenüber befinden, wie sie von Anfang an die russische Regierung verlangt habe. Eine Verständigung über die Wahl eines Fürsten über die Bedingungen seiner Erwählung und seiner Candidatur, welche die Aufrechterhaltung des Friedens wünschen. Die Hauptsache sei, dass man sich einer legalen Situation gegenüber befinden, wie sie von Anfang an die russische Regierung verlangt habe. Eine Verständigung über die Wahl eines Fürsten über die Bedingungen seiner Erwählung und seiner Candidatur, welche die Aufrechterhaltung des Friedens wünschen. Die Hauptsache sei, dass man sich einer legalen Situation gegenüber befinden, wie sie von Anfang an die russische Regierung verlangt habe. Eine Verständigung über die Wahl eines Fürsten über die Bedingungen seiner Erwählung und seiner Candidatur, welche die Aufrechterhaltung des Friedens wünschen. Die Hauptsache sei, dass man sich einer legalen Situation gegenüber befinden, wie sie von Anfang an die russische Regierung verlangt habe. Eine Verständigung über die Wahl eines Fürsten über die Bedingungen seiner Erwählung und seiner Candidatur, welche die Aufrechterhaltung des Friedens wünschen. Die Hauptsache sei, dass man sich einer legalen Situation gegenüber befinden, wie sie von Anfang an die russische Regierung verlangt habe. Eine Verständigung über die Wahl eines Fürsten über die Bedingungen seiner Erwählung und seiner Candidatur, welche die Aufrechterhaltung des Friedens wünschen. Die Hauptsache sei, dass man sich einer legalen Situation gegenüber befinden, wie sie von Anfang an die russische Regierung verlangt habe. Eine Verständigung über die Wahl eines Fürsten über die Bedingungen seiner Erwählung und seiner Candidatur, welche die Aufrechterhaltung des Friedens wünschen. Die Hauptsache sei, dass man sich einer legalen Situation gegenüber befinden, wie sie von Anfang an die russische Regierung verlangt habe. Eine Verständigung über die Wahl eines Fürsten über die Bedingungen seiner Erwählung und seiner Candidatur, welche die Aufrechterhaltung des Friedens wünschen. Die Hauptsache sei, dass man sich einer legalen Situation gegenüber befinden, wie sie von Anfang an die russische Regierung verlangt habe. Eine Verständigung über die Wahl eines Fürsten über die Bedingungen seiner Erwählung und seiner Candidatur, welche die Aufrechterhaltung des Friedens wünschen. Die Hauptsache sei, dass man sich einer legalen Situation gegenüber befinden, wie sie von Anfang an die russische Regierung verlangt habe. Eine Verständigung über die Wahl eines Fürsten über die Bedingungen seiner Erwählung und seiner Candidatur, welche die Aufrechterhaltung des Friedens wünschen. Die Hauptsache sei, dass man sich einer legalen Situation gegenüber befinden, wie sie von Anfang an die russische Regierung verlangt habe. Eine Verständigung über die Wahl eines Fürsten über die Bedingungen seiner Erwählung und seiner Candidatur, welche die Aufrechterhaltung des Friedens wünschen. Die Hauptsache sei, dass man sich einer legalen Situation gegenüber befinden, wie sie von Anfang an die russische Regierung verlangt habe. Eine Verständigung über die Wahl eines Fürsten über die Bedingungen seiner Erwählung und seiner Candidatur, welche die Aufrechterhaltung des Friedens wünschen. Die Hauptsache sei, dass man sich einer legalen Situation gegenüber befinden, wie sie von Anfang an die russische Regierung verlangt habe. Eine Verständigung über die Wahl eines Fürsten über die Bedingungen seiner Erwählung und seiner Candidatur, welche die Aufrechterhaltung des Friedens wünschen. Die Hauptsache sei, dass man sich einer legalen Situation gegenüber befinden, wie sie von Anfang an die russische Regierung verlangt habe. Eine Verständigung über die Wahl eines Fürsten über die Bedingungen seiner Erwählung und seiner Candidatur, welche die Aufrechterhaltung des Friedens wünschen. Die Hauptsache sei, dass man sich einer legalen Situation gegenüber befinden, wie sie von Anfang an die russische Regierung verlangt habe. Eine Verständigung über die Wahl eines Fürsten über die Bedingungen seiner Erwählung und seiner Candidatur, welche die Aufrechterhaltung des Friedens wünschen. Die Hauptsache sei, dass man sich einer legalen Situation gegenüber befinden, wie sie von Anfang an die russische Regierung verlangt habe. Eine Verständigung über die Wahl eines Fürsten über die Bedingungen seiner Erwählung und seiner Candidatur, welche die Aufrechterhaltung des Friedens wünschen. Die Hauptsache sei, dass man sich einer legalen Situation gegenüber befinden, wie sie von Anfang an die russische Regierung verlangt habe. Eine Verständigung über die Wahl eines Fürsten über die Bedingungen seiner Erwählung und seiner

in den Wahlkampf einzutreten. Die Freisinnigen halten morgen eine Versammlung der Vertrauensmänner ab, um sich schlüssig zu machen.

Im Kreise Niederbarnim wird von deutsch-freisinniger Seite als Kandidat zu den bevorstehenden Reichstagsabgeordnetenwahlen wiederum Herr Prediger Knörke zu Berlin, der bei der letzten Stichwahl mit nur 305 Stimmen dem Abgeordneten Lohren unterlag, aufgestellt werden.

Stettin. Gegenüber einem verbreiteten Gerücht, daß Herr Commerzienrat Dr. Delbrück in Güldow als Reichstags-Kandidat für die Stadt Stettin auftreten wolle, ist die "Neue Stettiner Zeitung" von Herrn Delbrück bevollmächtigt zu erklären, daß er nicht daran denkt, in Stettin gegen den freisinnigen Broemel zu kandidieren.

Stettin, 23. Januar. Die Conservativen und Nationalliberalen kamen hier überein, den Oberpräsidenten Grafen Behr-Negendank (Deutsch-conser.) als gemeinsamen Kandidaten aufzustellen.

Bosnien 23. Januar. Dem ersten Bürgermeister Mueller ist der Titel als Ober-Bürgermeister verliehen worden.

Hannover, 23. Januar. Die heute hier selbst abgehaltene Landesversammlung der nationalliberalen Partei war von mehreren tausend Personen, darunter Vertreter aus allen Wahlkreisen der Provinz, aus Bremen, Oldenburg, Minden, Kassel u. belichtet. Auch eine Anzahl von Abgeordneten aus Berlin war anwesend. Landesdirektor von Bennigsen hielt eine Rede, in welcher er die augenblickliche politische Lage beleuchtete und dabei hervorhob, daß diejenigen Liberalen, welche im Jahre 1874 das Septennat gegen die Wünsche der Regierung durchgesetzt, es heute seien, welche dasselbe bekämpfen und die Schwierigkeit der Lage vermehrten. Redner setzte die Notwendigkeit der Bewilligung des Septennats eingehend auseinander, führte aus, daß darin die einzige Hoffnung liege, daß uns ein verderblicher Krieg vielleicht erspart bliebe, und betonte die Notwendigkeit des Wahlbündnisses mit den Conservativen für den Zweck der Bewilligung des Septennats. Die Annahme, daß die Regierung eine so gewonnene Mehrheit im Reichstage für Monopolzwecke benutzen könne, wies v. Bennigsen entschieden zurück. Die Erklärung des Herrn v. Bennigsen, ein Mandat zum Reichstag wieder anzunehmen zu wollen, wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen, der sich nach Schluss der Rede wiederholte.

Die Versammlung beschloß einstimmig, dem von der nationalliberalen Partei erlassenen Aufruf zuzustimmen und erklärte gleichfalls einstimmig ihre Anerkennung des Wahlbündnisses mit den Conservativen. Nachdem sodann der Abg. Römer (Hildesheim) ein Hoch auf Herrn v. Bennigsen ausgebracht hatte, schloß dieser die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf Se. Majestät den Kaiser, in welches die Versammlung mit jubelnder Begeisterung einstimmte. — Herr v. Bennigsen wird im 18 hannoverschen Wahlkreise (Stade) kandidieren.

* In Lippe-Detmold tritt der nationalliberale Wahlvorstand für die Wahl des extrem-conservativen Kandidaten Schenkel ein, eines Gesinnungsgenossen der Herren von Hammerstein und Kleist-Klevow! Dagegen erklärt die nationalliberale Lippe-sche Landesregierung.

"Drei Jahre ist eine lange Zeit und es können im Reichstage Sachen zur Verabredung kommen, Monopole aller Art u. wo jeder liberale Mann sich schämen muß, einen jener Leute, die hierzu Ja und Amen sagen, in den Reichstag geschickt zu haben. Die nationalliberale Partei des Landes wird also in ihrer großen Mehrzahl der Aufforderung des Vorstandes, für Schenkel zu stimmen, nicht nachkommen, und damit sich diese der Wahl nicht enthalten, bitten wir sie, ihre Stimmen auf den Abgeordneten von Lenger zu vereinigen."

Candidat der Freisinnigen ist der jetzige Vertreter Büren.

Karlsruhe, 18. Januar. Der "Bad. Beob." schreibt: "Die "Badische Landeszeitung" sorgt selbst in diesen ernsten Zeiten für allgemeine Heiterkeit, allerdings auf ihre eigene Kosten. Oder welcher Griechen könnte wohl ernst bleiben, wenn er folgenden Schwabenstreit unseres tonangebenden "nationalen" Monitors vernimmt? Die "Bad. Landeszeitung" mache am Abend des 15. Kampf-hafte Anstrengungen, um einen geistreichen politischen Witz vom Stapel zu lassen: Derselbe nahm folgende Gestalt an:

Den tragikomischen Schluß der Berathung (Militärs vorlage) bildet eine vom eläufischen Abgeordneten Dietrich Lamens des berühmten Herrn Antoine abgegebene Erklärung, daß er, Antoine, spreche nicht deutsch, werde aber gegen die Vorlage stimmen. Ein Mitglied des Deutschen Reichstages spricht nicht deutsch und ist der Bundesgenosse unserer Opposition! Boblich, eine schärfere Verurtheilung könnte leichter nicht finden.

So der Tragikomödier der "Bad. Landeszeitg.". Nun nehme man aber die alphabetische Übersicht der namenlichen Abstimmung über den Antrag der Opposition (Stauffenberg) zur Hand. Dort heißt es:

Mit Nein stimmten: Adermann, Adae, Antoine, Ansperger...

Niemand wird es uns verargen können, wenn wir jetzt den Spieß umkehren und ausrufen: "Ein Mitglied des deutschen Reichstages spricht nicht deutsch und ist der Bundesgenosse unserer national-liberalen Reichstagsabgeordneten Ansperger und seiner Genossen. Wahrliech eine schärfere Verurtheilung konnten letztere nicht finden."

Frankreich.

* [Das Verhältnis zu Madagaskar.] Wie aus Paris gemeldet wird, hat die madagassische Regierung die an Frankreich zu leistende Indemnität von 10 Millionen Francs soeben bezahlt. In Folge dessen werden seitens der französischen Regierung die Vorbereitungen für die Rückung Tamatave's eingeleitet.

England.

* [Königin Victoria und Prinz Alexander von Battenberg.] Der Correspondent der "P. C." schreibt aus London vom 17. Januar:

Seit dem Tode des Lord Fiddesleigh wurden Gerüchte verbreitet über eine angebliche persönliche Intervention der Königin bei dem Ministerium zu Gunsten des Prinzen Alexander von Battenberg. Demgegenüber ist Ihr Correspondent in der Lage, zu versichern, daß alle diesbezüglichen Meldungen absolut falsch sind. Es ist wohl wahr, daß die Königin eine lebhafte Sympathie für den Prinzen empfindet, und es ist nicht minder richtig, daß diese Sympathie auch darin einen etwas auffallenden Ausdruck fand, daß der Prinz im Journal des Hofs (Court Circular) als "Fürst von Bulgarien" angeführt wurde, allein ebenso sicher ist, daß seit der Thronanfrage des Prinzen keinerlei auf ehemaliger Beziehung der Königin an ihre Minister erfolgt ist. Es mag allerdings sein, daß Lord Salisbury im Wunsche, in dieser Sache den bekannten Gefühlen der Königin entgegenzukommen, einigermaßen weit gegangen ist; niemand denkt gleichwohl daran, Bulgarien wegen Krieg zu führen, wenn auch dieses Land sich der moralischen und diplomatischen Unterstützung Englands versichert halten kann.

Uebrigens hat Prinz Alexander von Battenberg seine Reise nach dem Süden bereits angebrochen.

Dänemark.

Kopenhagen, 22. Jan. Eine angeblich von dem Kriegsminister Bahusen bei Gelegenheit des Versammlungsfestes gehaltene Rede läuft durch die auswärtige Presse. Die Mittheilungen dieser Rede mit ihren provokatorischen Spitzen gegen Preude werden als völlig incorrect von betheiligter Seite bezeichnet. (W. L.)

Portugal.

Lissabon, 22. Jan. Der Führer der conservativen Partei, Fontes Pereira Mello, ist gestorben.

Türkei.

Konstantinopel, 23. Januar. Bantow und Bulowitsch hatten gestern mit dem Großvezier eine längere Conferenz. — Der Generalprokurator am Kassationshofe, Rosati Anthopolu Effendi, ist an Stelle von Sawas Pascha zum Generalgouverneur von Kreta ernannt worden.

Niederland.

Petersburg, 22. Januar. Der "Regierungs-anzeiger" bringt eine ausführliche Beschreibung des am Donnerstag Abend bei dem französischen Botschafter Laboulaye stattgehabten ersten offiziellen Empanges, welchem sämtliche in Petersburg anwesenden Minister, sonstige hohen Würdenträger, sowie das diplomatische Corps beiwohnten.

China.

Tientsin, 20. Januar. (Neuter'sche Depesche.) Die Verhandlungen über die Abreise Port Hamilton's an China sind abgeschlossen und verbleibt nur noch die formelle Uebergabe des Platzes an die Chinesen.

Amerika.

Washington, 21. Januar. Die Verlängerung des Reciprocitys-Vertrages zwischen den Vereinigten Staaten und Hawaii ist vom Senate angenommen worden, mit einem Zusatzartikel, welcher Amerika das ausschließliche Recht einräumt, in den Hafen Pearl-River auf der Insel Oahu einzulaufen und dort Koblenzager und Docks zur Ausbesserung amerikanischer Schiffe anzulegen. Der Artikel, welcher übrigens von der Regierung Hawaii's noch nicht genehmigt ist, ermächtigt die Vereinigten Staaten ferner, die Hafeneinfahrt zu verbessern und die hierzu erforderlichen Arbeiten auszuführen. Die Majorität der Mitglieder des Senats war der Ansicht, daß die politische Kontrolle über Hawaii seitens einer auswärtigen Macht die Pacific-Küste der Vereinigten Staaten gefährden würde. (W. L.)

New York, 19. Januar. Aus Washington eingegangene Telegramme besagen, daß für die den amerikanischen Schiffen im Zusammenhange mit dem Fischerei-streit zu Theil gewordene Behandlung Wiedervergeltungs-Mahregeln gegen Canada angenommen werden sollen. Senator Gorman hat im Senat eine Bill eingeführt, ähnlich der von Belmont dem Repräsentantenhaus unterbreitet, welche die Einfuhr von kanadischen Waren per Eisenbahn und die Zulassung kanadischer Schiffe innerhalb der Häfen der Ver. Staaten verbietet. Das amerikanische Gefühl über den Gegenstand hat allmählich seinen Höhepunkt erreicht, da fortwährend neue Beschlagnahmen von Fischerbooten in kanadischen Gewässern stattfinden.

Aus Rom ist ein Brief eingegangen, welcher Pater McGlynn seiner Amtskleidung beraubt und ihn von der Ausübung der Funktionen als Priester suspendirt. Der Erzbischof versteht seine Hilfsgeistlichen von St. Stephens nach anderen Kirchspielen. Pater McGlynn, der ein Nervenleiden hat, hält sich in Zurückgezogenheit im Hause seiner Schwester auf. Im Kirchspiel St. Stephen's wird für ihn ein Fond ausgebracht. Die Central-Arbeiter-Union trifft Vorbereitungen für ein Massenmeeting, um ihn zu vertheidigen. Henry George's Handlungswweise wird als die Ursache von Pater McGlynn's Amtsenthebung stark kritisiert, und die römisch-katholischen Journale sind besonders streng.

Von der Marine.

* Kiel, 22. Januar. Die Marineverwaltung hat in diesem Jahre auf eine vermehrte Einstellung von vierjährigen Freiwilligen Bedacht genommen. Wie wir hören, werden am 1. Februar hier in Kiel 200 Wehrpflichtige dieser Category, hauptsächlich Binnenländer, zur Einstellung gelangen. — Das Schulgeschwader bestehend aus den Kreuzerkriegsschiffen "Stein", "Wolfe" und "Prinz Adalbert" wird in diesem Jahre voraussichtlich weit früher in die Heimat zurückkehren, als im vorigen Jahre. Briefe und Sendungen für das Geschwader sind bis zum 7. Februar nach Panama, nach diesem Termin aber nach Falmouth (England) zu dirigieren.

* Die Kreuzercovette "Luise" (Commandant Corvetten-Captain Junge), mit den abgelösten Besatzungen des Kreuzers "Habicht" und des Kanonenboots "Cyclop", ist am 21. Januar cr. in Plymouth eingetroffen und beabsichtigt am 23. d. Mts. nach Wilhelmshaven im See zu gehen.

Am 25. Januar. Danzig, 24. Januar. M. A. bei Tage, S. 2, II, u. 4, 24.

Wetter-Aussichten für Dienstag, 25. Januar, auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte.

Wetter trübes Wetter, etwas kälter mit geringen Niederschlägen und mäßiger Lustbewegung aus verschiedener Richtung.

* [Nehmet Einsicht in die Wählerlisten!] Heute hat auf dem Rathaus (I. Bureau) die 71jährige Auslegung der Reichstagswähllisten für die Stadt Danzig begonnen. Es kann allen, welche am 21. Februar ihr Wahlrecht ausüben wollen, die Einsicht dieser Listen nicht dringend genug empfohlen werden. Der uns bevorstehende Wahlkampf ist ein ebenso schwerer als wichtiger, die Stimmabgabe daher für jeden liberalen Bürger eine politische Ehrenpflicht. Bedingung für die Ausübung derselben ist aber, daß seine Name sich, und zwar correct, in der Wählerliste befindet. Die große Eile der Herstellung dieser Listen läßt diesmal mehr als sonst Verschärfen oder Ungenauigkeiten befürchten. Möge deshalb niemand die kleine Mühe scheuen, sich von der Herstellung seines Wahlrechts zu überzeugen.

* [Zur Reichstagswahl.] In auswärtigen nationalliberalen und conservativen Blättern wird der von uns erwähnten Erklärung von 18 bietigen Bürgern eine besondere Bedeutung für die bevorstehende Wahl deswegen beigelegt, weil die 18 Herren bisher der freisinnigen Partei angehört haben sollen. Diese Behauptung ist unrichtig. Die bietigen Wähler werden die Richtigkeit jener Behauptung am besten prüfen können, wenn wir die Namen der Unterzeichner der Erklärung abdrucken, die uns übrigens nicht zugegangen, deren wesentlichen Inhalt wir aber bereits am Freitag Morgen (sofort, als wir von derselben privatim Kenntnis-

erlangt hatten,) mitgetheilt haben. Die Erklärung, "nur einem solchen Kandidaten die Stimme geben zu wollen, der voll und ganz für die Vorlage der Regierung hinsichtlich der Heeresstärke eintritt", ist unterzeichnet von den Herren:

Böhm, Samuel Cohn, Joh. Döllner, Vog. Domänen, Joh. Gibone, Archibald Jo. d. F. W. Klawitter, Kosmas, Gustav Liefert, Adolph Rüdiger v. Sanden, Major a. D. Dr. Simon, Heinrich Schönberg, Steinhardt, Max Steffens, Syring.

Oto Wanck.

Uns ist nur bekannt, daß die große Mehrzahl dieser Herren sich bisher der freisinnigen Partei nicht angeschlossen hat, wenn auch mehrere der Herren Unterzeichner 1884 für die Wahl des freisinnigen Kandidaten im Interesse der liberalen Sache und behufs Verhinderung eines Wahlsieges der Conservativen thätig gewesen sind.

Die "Germania" — bekanntlich das Hauptorgan der Centrumspartei — knüpft an den vorstehend erwähnten Danziger Vorgang folgende Betrachtung:

"Unter diesen Umständen sind die Stimmen der Katholiken von entscheidender Wichtigkeit für die Deutsch-freisinnigen wie für die Conservativen. Mit letzteren können die Centrumswähler unter den jetzigen Verhältnissen nicht gehen, es liegt ein Pact mit den Deutsch-freisinnigen viel näher. Die Conservativen sind nie stark gewesen, sie hatten noch 1878 bloß 1300 Stimmen, bei den letzten Wahlen allerdings schon 3181 Stimmen, durch Unterstützung gouvernementaler National-liberaler. Nehmen wir an, daß sie in Folge des offenen Vorgehens der Männer des obigen Auftrufs noch 1500 Stimmen mehr erhalten, so belägen sie 5000 Stimmen, der deutschfreisinnige Kandidat würde 6000 Stimmen auf sich vereinen können. Die Katholiken sind in Danzig sehr stark, sie brachten es 1878 nach der Reichstagsauflösung sogar auf 5119 Stimmen, 1884 hatten sie noch 3139 Stimmen, die sich leicht erhöhen lassen. Unter allen Umständen geben sie den Ausschlag. Sie können den Deutschfreisinnigen mit Leichtigkeit das Mandat erhalten, nur müssen diese dafür sorgen, daß das Centrum den Wahlgemeinden Danzigs bekannt, der ihm schon zwei Mal durch Co-operation mit den Conservativen zufiel."

Über die Wahl-Chancen im Kreise Elbing-Marienburg äußert sich die "Germania": 1884 erhielt Hr. v. Puttkamer 5373, der deutschfreisinnige Kandidat 3736, der Centrumskandidat 2495, der socialdemokratische Kandidat 106 Stimmen. Gewählt wurde Herr v. Puttkamer in der Stichwahl durch Unterstützung der Katholiken mit 8038 Stimmen gegen Direktor. Die Katholiken geben auch diesmal den Ausschlag. Nachdem Herr v. Puttkamer sich in so gehässiger Weise gegen das Centrum ausgesprochen, werden die Conservativen wohl darauf verzichten müssen, das Mandat zu halten.

In Wahlkreis Stuhm-Marienwerder haben die Conservativen den bisherigen Abgeordneten, Oberbürgermeister Müller-Marienwerder, wieder aufgestellt. Die Liberalen haben sich dem dort zu Gunsten des Hrn. Müller bereits erlassenen Wahlaufruf nicht angeschlossen. Sie werden sich über ihr Vorgehen erst in den nächsten Tagen schließlich machen.

Die Königsberger Nationalliberalen haben nun ihren Wahlaufruf für die Kandidatur des dortigen Bürgermeisters Hoffmann veröffentlicht. Zur Charakteristik deselben wird folgender Satz genügen, welcher die Proclamation einleitet:

"In ungewöhnlich erster Zeit soll dieses Mal die Newohl zum deutischen Reichstage sich vollziehen. In schwierigstem Unfrieden zwischen Regierung und Volksvertretung von einander; erschüttert ist die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens mit dem Auslande. (!!)"

Es ist sehr bedauerlich, daß Männer, die noch heutz als liberal gelten wollen, zu solchen kaum noch ernst zu nehmenden Übertriebungen greifen, um den Wählern vor einer Partei, die sie selbst bisher als die ihnen nächststehende anerkannt haben, gräulich zu machen.

* [Ordensverleihungen] Bei der gestrigen Feier des Kronungs- und Ordensfestes haben u. A. Ordenscoronationen erhalten: 1) den Stern zum rothen Adler-Orden 2. Klasse mit Eichenlaub und Schwertern am Ringe; General-Lieutenant v. Streymel, Commandeur der 2. Division in Danzig. 2) Den Stern zum rothen Adler-Orden 2. Klasse mit Eichenlaub: General-Lieutenant v. Belz, General-Lieutenant v. Puttkamer 5373, der deutschfreisinnige Kandidat 3736, der Centrumskandidat 2495, der socialdemokratische Kandidat 106 Stimmen. Gewählt wurde Herr v. Puttkamer in der Stichwahl durch Unterstützung der Katholiken mit 8038 Stimmen gegen Direktor. Die Katholiken geben auch diesmal den Ausschlag. Nachdem Herr v. Puttkamer sich in so gehässiger Weise gegen das Centrum ausgesprochen, werden die Conservativen wohl darauf verzichten müssen, das Mandat zu halten.

* [Der Kunstverein] Der Kunstverein hat von der diesjährigen Ausstellung folgende Gemälde zur Verlosung angelaufen:

Budapest, "Dorfstraße in Kärnten"; Motiv aus Steiermark; Correjio "Stilleben"; Dahl "Junge Rosen"; Martha Filzner "Vom Felde"; Huth "Im Christania-Nord"; Louise Janzen "Motiv von der Wipper am Stein"; St. Erhard "Ein Heiligenmaler"; A. Ludwig "Weiblicher Kopf"; Eduard v. Müller "Winterlandschaft"; Nordgreen "Mondstein an der schwedischen Küste"; Pfeiffer "Begleitung durch Dorf hinaus"; Pfugrath "Döschmiede" und Willberg "Beim Weinbau".

* [Concert] Im Rahmen der Wohlthätigkeit zu stehen ist eine schöne Aufgabe der Kunst, speziell der Musik, eine Aufgabe, die bei dem gern hängenden

Danzer Publikum immer beachtet und gewürdig zu werden pflegt, sobald es gilt, wirklich edle Zwecke zu unterstützen und zu fördern. Solche Zwecke verfolgt die bietige Martha-Derbörge, deren Wirkung auf der Bühne edler Humanität schon viel Segen gespendet hat.

Augenblicklich steht es dem Institute zu dringend notwendigen baulichen Veränderungen an Geldmitteln, die teilweise durch das für nächsten Mittwoch im Apollo-Saal angekündigte Concert herbeigeschafft werden sollen. Es haben sich dieletem Concert hochgesetzte künstlerische Kräfte mit dantonswerther Bereitwilligkeit zur Verfügung gestellt, darunter die treffliche, hier bereits vortheilhaft bekannte Paulinian, Frau Bielefeld aus Elbing, die immer gern gebürtige Sängerin, Frau Kath. Brandstätter, der Violinvirtuose Herr Grossheim, und andere bewährte Meister. Nach dem aufgestellten gut gewählten Programme, das eine Reihe von interessanten größeren und kleineren Compositionen, zum Theil für Kammermusik, zum Theil für Solo-Vorträge enthält, darf das Publikum einen recht genuinens Abend erwarten. — Es bedarf wohl kaum dieses besonderen Hinweises auf das Concert, in Ausehung des schönen Zwedes, der damit erreicht werden soll. Die Hoffnung, den Apollo-Saal am Mittwoch vollständig gefüllt zu sehen, dürfte kaum geläuscht werden.

* [Turnverein] Der Turnverein verband der unteren Weichselhälfte wird am künftigen Sonntag, 30. Januar, in Elbing eine Gau-Vorturner-Übung abhalten.

* [Stiftungsfest] Der bietige Orts-Gewerbeverein der Reepschläger und verwandter Gewerbe beginnt am Sonnabend im "Deutschen Gesellschaftshaus" sein 17. Stiftungsfest in üblicher, gemütlicher Weise in Gemeinschaft mit den Familien der Mitglieder. Der Vorsitzende, Hr. Böhm, welcher den Verein seit langen Jahren leitet, konnte in seiner die Feier eröffnenden Jahres-Rückblick mit besonderer Begeisterung die Standhaftigkeit und das treue Zusammenhalten dieses kleinen Vereins, der in Folge des völligen Durchquerungs des Reepschlägergewerbes nur 45 Mitglieder zählt, her vorheben. Allein an Invalidenpension hat dieser kleine Verein eine

Händler in einige Waren zertummt, Menschen aber schädliche nicht verleiht.

* **Diebstahl**. Dem Kaufmann H., in der Breitgasse wohnhaft, wurden in den letzten Tagen 1220 M. gestohlen. Als Dieb wurde gestern die unvergleichliche Wilhelmine K., welche früher als Aufseherin bei H. tätig war, verdächtigt und das Geld bis auf 24 M. noch bei ihr vorgefunden. Sie hatte sich in Abwesenheit des bestohlenen eingeschlichen und den Schrank, in welchem das Geld aufbewahrt wurde, erbrochen.

* **[Haushaltungen]** Heute Vormittag wurden bei ca. 100 bürgerlichen Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei Haushaltungen nach verbreiteten Schriften abgehalten.

* **Die Revision der Miete und Gewichte** wird sorten zweimal jährlich vorgenommen und dabei nicht allein auf die richtige Richtigkeit, sondern auch auf die Übereinstimmung mit dem Normalmaß das Augenmerk gerichtet werden. Alle Kaufleute werden daher antreten, ihre Miete und Gewichte noch einmal im Achtmonatszeitraum zu lassen, um sich bei etwaiger Revision Unannehmlichkeiten zu ersparen.

[**Polizeibericht vom 23.-24. Januar.**] Verhaftet: 1 Eigentümer wegen Brandstiftung, 1 Arbeiter, 1 Magazin wegen Diebstahls, 27 Obdachlose, 7 Bettler, 2 Beutelknechte, 1 Dirne. - Gestohlen: 1 dunkelblauer Damenschmuck, 1 Dirne. - Gestohlen: 1 schwarzer Lintrock, 1 weißer Lintrock, 1 olivengrüner Lintrock, 1 schwarzer Lintrock, 1 schwarzer Mantelrock, 3 weiße Nachthemden, 1 weißer wollener Mantelrock; ein Firma-Schild mit der Aufschrift "Hier wird Wäsche gerönt" ist als gestohlen angehalten. Der und fand Eigentümer wolle sich im Criminal-Bureau, Unterlindau gegen 19. melden. Ein feingereifter Damektitel mit Pelzbesatz. - Gefunden: 1 Handtuch, 1 Schlittschuh, 1 Portemonnaie mit Inhalt, eine silberne Spindelnühr, ein Zollstock; abzuholen von der Polizeidirection.

+ **Neutitz, 23. Januar.** Der Verband der landwirtschaftlichen Vereine im großen und kleinen Werder besteht gestern eine Versammlung ab, bei welcher die Verhandlung über die Stromregulierung vorbereitet. Der Referent, G. R. Claassen-Diege, führte aus, daß bei der entschiedenen Verbündung die Ausführung des Projects II beschlossen sei, daß man einen durchschnittlichen Betrag der Dämme bei Legau und Schleifung der Elbinger Weichsel plane. Die Eisbrecher, so an der Zahl, wollen man nicht an der Abmündung des Kanals von der Weichsel, sondern in die breite Elbe bei Ritterhude setzen. Weder der Durchstich, noch die Zurücklegung der Dämme sollte in der Breite ausgeführt werden, wie nach Project I veranschlagt sei. Dadurch würden die Strommachten in große Gefahr gebracht, denn die Eisbrecher würden so angelegt, daß von 10 Jahren in 9 erwartet werden müsse, daß der Kanal sich so mit Eis verlege, daß kein Wasser in die Elbe fließt. Geschieht das, so hätte man in Wirklichkeit Project I, die Stromregulierung dagegen nach Project II. Man müsse einmuthig dahin vorgehen, daß die Regulierung in der Breite des Projects I ausgeführt werde. Das sei auch deshalb nötig, weil die Courirur der Elbe wegen der allmäßlichen Verbindung ihrer Mündung nur eine Frage der Zeit sei. Die Regierung verlangt ferner von den Wertern 2% sämtlicher Kosten, die nach dem Anschlage ca. 19 Millionen betragen. Auch etwaige Mehrosten sollten den Wertern zu 2% zur Last fallen. Es müsse den Rechnungsmännern klar gezeigt werden, daß die Werder außer Stande seien, die geforderten Summen aufzubringen. Nach eingehender Debatte, in welcher auch hervorgehoben wurde, daß beim Unterbleiben der Stromregulierung seitens des Reichsministers vom Großen Werder 4 Millionen M. gefordert werden müssten, um die Dämme zu herzustellen, daß das Werder noch menschlicher Berechnung gegen den Bruch geführt wäre, beschließt der Verband die schnelle Abhandlung einer Petition (deren Wortlaut in den nächsten Tagen vorliegt) und einsetzt den Landtag, sowie die Minister der Landwirtschaft, der öffentl. Bauten und der Finanzen. In die Kommission zur Abfaßung der Petition werden gewählt die Herren G. R. Claassen-Diege, Bankdirektor Stobbe-Liegenbusch, Grunow-Mitschau, Weichselbund-Priesse. Ferner soll am 29. d. Mts. in Marienburg eine Versammlung abgehalten werden, in welcher die Zusammensetzung einer Massekommission und event. Wahl einer Deputation an den Minister berathen werden soll. Darauf beschließt der Verband, daß im Jahre 1888 in Neutitz eine Gruppenwahl abgehalten und der Centralverein um Bemühung der erforderlichen Mittel erachtet werde. - Die nächste Verbandsversammlung findet in Marienburg statt. - Im Laufe dieses Sommers soll hier mit dem Bau eines dreistöckigen Stadtbürogebäudes begonnen werden.

Elbing, 22. Jan. Der Kaufmann Heinrich Siebert lief gestern Vormittag von hier per Schlittschuh über das Ufer nach Königsberg und meldete bereits nach noch nicht 5 Stunden telegraphisch seine Ankunft daheim. (A. B.)

* **Graudenz, 23. Januar.** Auf der Tagesordnung

der Versammlung des liberalen Wahlvereins, die heute hier stattfand, stand: Rechtschaffensbericht. Vorstand und Reichstagswahl. Nachdem der Vorsteher, Herr Rechtschaffens Wagner, den ersten verlesen, machte er den Vorschlag, die Reichstagswahl zu verschieben und dann die Vorstandswahl vorzunehmen. Er teilte seiner mit, daß der Vorstand in seiner letzten Sitzung beschlossen habe, einige Fragen an den früheren Reichstagsabgeordneten Herrn Hobrecht zu richten, und zwar wie er sich zur Monopolfrage stelle, wie er über das allgemeine direkte Wahlrecht, über Rechtsfreiheit der Abgeordneten etc. denkt. Eine Antwort von Herrn H. sei noch nicht eingegangen. Hierauf ergreift Herr Schackenborg-Müller das Wort, um sich in ständiger Rücksicht über die Militärfrage und die Auflösung des Reichstages auszusprechen. Nach den lichtvollen Ausschreibungen des Redners wurde sein Vorschlag, die Versammlung möge sich vertagen, bis eine Antwort des Herrn H. eingetroffen, einstimmig angenommen.

(=) **Auln, 23. Januar.** Der Minister hat nunmehr bestimmt, daß an der höchsten Fortbildungsschule die sechste Klasse zu eröffnen ist, und zugleich die Mittel für Unterhaltung der Fortbildungsschule auf 2570 M. laufend pro Jahr und auf 263 M. zur ehemaligen Beauftragung von Lehrmitteln festgesetzt. Die königliche Regierung beabsichtigt, dem fränkischen Pupille eine weitere Staatsunterstützung von jährlich 2500 M. zu gewähren, wenn dieselbe bereit ist, an ihrer höheren Mädchenschule die fehlende sechste Klasse einzurichten und dauernd zu unterhalten und gleichzeitig die bisher beschäftigten Hilfskräfte zu befreiten und durch dauernde Anstellung eines für Mittelschulen geprägten Lehrers und zweier Lehrerinnen zu erlegen. Wie wir hören, ist Fr. Pupille an das Anerbieten der Königlichen Regierung bereits willig eingegangen, und es steht demnach die Gründung der sechsten Klasse der Pupille'schen höheren Mädchenschule zum 1. April cr. bevor. - In der städtischen Verwaltung haben bezüglich des zu erbauenden Schlachthauses dreimalige Verhandlungen stattgefunden. Der Magistrat hat einstimmig den Vorschlag der Schlachthauscommission, das Schlachthaus auf der Graudenzser Vorstadt und auf städtischem Terrain zu erbauen, verworfen und im Principe beschlossen, das Schlachthaus zweckmäßig auf der Thorner Vorstadt zu errichten. Die Sanitätscommission hat sich ebenfalls einstimmig für die Errichtung des Schlachthauses auf der Thorner Vorstadt ausgesprochen, wobei gegen die demnächst zusammengetretene Schlachthauscommission in ihrer Mehrheit an ihrem ersten Vorschlag festgehalten hat. Nunmehr gelangt die Sache an die Stadtverordneten-Versammlung zur Beschlusstafung über die Frage, ob Thorner, ob

Graudenzser Vorstadt.

die Frage vorgelegt wurde, wie er sich zu neuen Vorslagen für Einführung des Tabaks- resp. Branntweinmonopols stellen würde, gab er ausweichende Erklärungen ab, weil man nicht wissen könnte, in welcher Form diese Fragen wieder vor den Reichstag gebracht werden würden. Der Bericht über diese Verhandlungen wurde in der gesetzlichen Sammlung erstattet und bat zur Ablehnung der Compromissabreden nicht wenig beigetragen. Der wiedergewählte Wahlvorstand vertrat, kräftig in den Wahlkampf einzutreten. Aus dem Kreise Kulm waren zustimmende Erklärungen erfolgt. Ihre Übereinstimmung mit dem Gebliebenen der freisinnigen Partei im Reichstage drückte die Versammlung durch einstimmige Antheil folgender Resolution aus: "Die heutige Wahlversammlung der Mitglieder des freisinnigen Wahlvereins erklärt sich mit der Haltung der Fraktion während der ganzen Legislaturperiode, insbesondere nach der Vorlage des Branntweinmonopols und der Militärvorlage, vollständig einverstanden. Sie sagt den Partei Vertretern im Reichstage und im Landtage für ihr manhaftes Eintragen bei Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte der Volksvertretung ihren Dank. Dem Vorschlag einer Reichseinigungskommission, zur Deklaration der durch die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke vermehrten Ausgaben, zollt sie volles Beifall."

Gestern starb nach kurzem Krankenlager der Polizeipräsident G. Die Gattin des Verstorbenen nahm sich das Ableben ihres Gemahls dehest zu Herzen, daß sie freiwillig den Tod suchte. Heute früh fand man sie erhangt mit einer Gardinenstange an einem Eisbrecher in der sogenannten polnischen Weichsel. 3 kleine Kinder sind Babilen geworden. (Th. D. 3)

Görlitz, 22. Januar. Der Kroppke'sche Prozeß hat ein höchst bellengewertiges Nachspiel geboten. Der Rendant der Vorstandsschule, Herr Kaufmann C. H. Brose, hat in der vergangenen Nacht seinem Leben ein gewaltsames Ende gesetzt. Den Verstorbenen, welcher bereits gestern Abend von seiner auf's höchste besorgten Familie vermisst wurde, fand heute Morgen sein Barber in einem neben der Gartentür befindlichen Kabinett entsezt vor; den mit der Gasleitung in Verbindung gebrachten Schlauch hielt die Leiche noch im Munde. Eine von den Vorstandsmitgliedern der Vorstandsschule heute Vormittag vorgenommene Kassenrevision ergab, daß die Kasse in besserer Ordnung befindet. Im Geldschrank fand sich ein Zettel von der Hand des Verstorbenen vor, welcher die heftigsten Vorwürfe gegen einen der im Prozeß Seconde vernommene Sachverständigen enthielt.

* **Die Einberufung des Provinzial-Landtags der Provinz Pommern nach Stettin ist zum 15. März in Aussicht genommen.**

* **Rütingen, 23. Januar.** Nachdem den Provinzialverbände von Ostpreußen die Mächtigung ertheilt worden ist, Provinzial-Amtleibescheinige für die Zwecke der Provinzial-Hilfskasse zu 3% oder zu 4% auszugeben, hat die Pilsdorfer Commission beschlossen, nunmehr mit der Emisssion von 3½ prozentigen Obligationen vorzugehen.

Dieselbe hat indessen sich nicht für die Conver-

terierung der im Umlauf befindlichen 4 prozentigen Anleihen entschieden, sie will vielmehr von jetzt ab 3½ oder 4 prozentige Scheine ausgeben und zwar darunter, daß der Darlehensempfänger den Betrag des Darlehns nicht mehr wie bisher haart, sondern nach seiner Wahl in Obligationen à 3% oder 4% erhält. Den Verkauf der Obligationen soll die Hilfskasse für Rechnung des Darlehensnehmers beorgen, welchen die Differenz zwischen Renten- und Conservenwert gut bzw. schlecht geschrieben wird. Die Rückzahlung der Darlehen soll in baarem Gelde erfolgen. Die Belohnung bedürfen der Verstärkung des Provinzial-Ausschusses und des Provinzial-Landtags.

Die Commission ist von der Erwägung ausgegangen, daß die gegenwärtige Unsicherheit in den politischen Verhältnissen eine Converierung nicht als ratschlich erscheine.

Vor einem Monat ist die neu erbaute Irrenanstalt Rortau eröffnet und schon fast sämtliche 200 Plätze in derselben belegt. Die Irrenanstalt Allenberg ist daneben so überfüllt, daß bereits 35 Irren auf der Expectantenliste stehen, deren Aufnahme wegen Raumangst aufgeschoben werden mußte. Der Landes-Director hat deshalb wegen schlechter Durchführung des übrigen Theiles des Bauprogramms für die Rortauer Anstalt, nach welcher dieselbe für 600 Irre-Kranke genutzt, nach welchem die Kosten für 100 Irre-Kranke gewährt sollen, dem Provinzialausschuß Vorlage gemacht.

Die Kosten dieses Gebäudes sind auf ein Million Mark veranschlagt. Die Kosten des bereits fertig gestellten Baues beziffern sich auf 1840 000 M., so daß die Aufzahl im Ganzen 2 840 000 M. kosten wird. Die gesamten Kosten werden durch Anteile bei der Provinzialhilfskasse gedeckt. — Der von dem Landesdirector dem Provinzial-Ausschuß vorgelegte Entwurf des Provinzialhaushaltsetats pro 1887/88 gibt ein wenig erfreuliches Bild von der Finanzlage der Provinz. Die Provinzialabgaben, welche pro 1885/86 = 7%, pro 1886/87 nur 3,5% der directen Steuern betragen, sind darin auf 7,8% erhöht, obgleich das Ausgabe-Extraordinarium 190 000 M. weniger nachweist, als dasjenige des laufenden Etats.

* **Bromberg, 22. Jan.** Aus Anlaß des Jubelfestes des 100jährigen Bestehens der höchsten evangelischen Kirchengemeinde erhielten Superintendent Sarau den Kronenorden III. Klasse, Pastor Kanis den roten Adlerorden IV. Klasse und der Kirchenälteste Leopold Arndt den Kronenorden IV. Klasse. — Zwei Einwohner haben der Kirchengemeinde zum 11. J. des Erweiterungsbaus der Pfarrkirche je 3000 M. und ein dritter einen hohen Altarsteppich geschenkt. — In Bezug auf die höchsten Wahlen verlautet bis jetzt noch nichts. Die Conservativen werden an ihrem früheren Abgeordneten Oberverwaltungsgerichtshof zu Berlin festhalten. Über das Verhalten der Liberalen steht die Entscheidung nahe bevor.

* **Stadt-Theater.**

* **Halms „Sohn der Wildnis“** wurde auf unserer Bühne vor zwei Jahren nach vieljähriger Ruhe wieder zum Leben erweckt und hatte damals einen ungewöhnlichen Erfolg, was nicht am wenigsten wohl der guten Beziehung der beiden Hauptrollen zu zuschreiben war. Auch am Sonnabend wurde das Stück wieder vor ausverkauftem Hause gespielt und auch diesmal hatten sich die Darsteller der beiden Hauptcharaktere, des Ingomar und der Parthenia, Hr. Ernst und Hr. Gr. Gr. in den sehr reich gesprenkelten Kostümen der Bühner zu thieren. Die schöne melodiöse Sprache Halms, die sich namentlich in den lyrischen Stellen als Ausdruck zarter Empfindungen sehr wirksam giebt, ist ebenso anziehend, wie der Grundgedanke des Dramas, daß der reine Sinn einer Jungfrau die Macht hat, einen wilden Barbaren zu zähmen und mittels der Liebe in die Civilisation hinauf zu führen. Einen Widerspruch ruft es nun hervor, daß dieser Gedanke an einem Stoff durchgeführt ist, der in einer Zeit, ein halbes Jahrtausend vor Chr. Geb., verlegt ist, und daß der Bühnenausdruck sowohl die majestätische Griechen-Jungfrau, wie den wilden Teufelsgatten ganz die Sprache moderner gebildeter Menschen reden hört. Herr Ernst besitzt die Mittel, welche die Partie Ingomars fordert: energische Kraft, jugendliche Frische des Ausdrucks und treuerzige Wärme des Gemüths mit einem Anflug von Humor. Hr. Gr. Gr. spielt die Parthenia sehr anmutig und sprach natürlich und zugleich mit poetischer Empfindung. — Die übrigen Rollen, die gegen diese beiden ganz zurücktreten, wurden angemessen gespielt.

* **Märkische Nachrichten.**

Berlin, 23. Januar. Gestern, an G. C. Lessing's Geburtstage, hat die Jury in Betreff der eingegangenen Entwürfe zum Lessing-Denkmal die Entscheidung dahin ausgesprochen, daß die drei Entwürfe von Otto Lessing, Siemering und Hölsers die besten und gleichwertigsten seien, und dem Comité vorgeschlagen, um dieser 3 Entwürfe eine Prämie zu ertheilen. Um 1 Uhr fand die Sitzung des Comités statt, in welcher dieser Spruch bekannt gemacht und beschlossen wurde, für diesen drei Entwürfe eine Prämie von 2000 M. zu gewähren. Zur weiteren Förderung dieser Angelegenheit findet am 29. Januar eine Sitzung des Gesamtcomités im Rathaus statt.

Berlin, 23. Januar. Eine stark besuchte Versammlung unseres liberalen Wahlvereins hat unteren Landtagsabgeordneten Herrn Landgerichts-Director Wozniakski als Kandidaten für die Reichstagwahl aufgestellt, nachdem unter allgemeinem Beifall jeder Versuch einer Kandidatensatzung abgelehnt worden war. Die conservativen Wähler haben nach dem Bericht ihrer Organe vor der Hand vor der Aufstellung eines Kandidaten abgestehen, um alle deutschen Stimmen auf einen gemeinsamen Mann vereinen zu können. Als solcher scheint Herr Rittergutsbesitzer Wegner-Dostrowski in Aussicht genommen zu sein. Als ihm aber von freisinniger Seite

* **Fräulein Kramm vom Wallner-Theater** befindet sich, wie das „B. T.“ hört, auf dem Wege entschiedener Besserung, und ihre völlige Biederherstellung ist mit Sicherheit zu erwarten. Die Kugel, die sie sich in beblätterter Aufwallung in die Brust jagte, steckt allerdings noch in der Lunge und wird auch nach der bisherigen Prognose der Ärzte dort einbehalten. Das Geschoss hatte nur etwa 5 Millimeter im Durchmesser.

* **Der Zusammenschluß zwischen einem Dampftramway und einem Kreislauf,** welcher am 31. Juli v. 11 Uhr Abends auf dem Kurfürstendamm stattfand und den Ton zweier Personen, sowie die Verlegung dreier anderer herbeigeführt hatte, war Gegenstand einer Anklage gegen den Malchinske des Tramway und den Richter des Kreislaufes geworden.

Der Richter sprach den ersten frei und verurteilte den letzteren zu 2 Monaten Gefängnis.

* **„Eine alte Weiger Sitte!“** Den Graoully-Umzug will die dortige große Karnevalsgesellschaft dieses Jahr wieder aufstellen lassen. Der „Graoully“ ist ein aus Holz gefertigter Drache, der gegenwärtig noch in der Kathedrale aufbewahrt wird. Bis zum Jahre 1786 pflegte man denselben alljährlich in öffentlichem Aufzuge in der Stadt herumzutragen, bei welcher Gelegenheit die Bader der Stadt dem Drachen allerlei Backwerk in den Rachen warfen. Vor dem Gouvernementsthore wurde Halt gemacht und so dann der Drache von der lieben Jugend mit Nutzen gepeitscht. Dieser Gebräuch, dessen Anfänge bis ins fünfte Jahrhundert zurückreichen sollen, ist wohl auf den Sieg des Christenthums über das Heidenthum im Meier Land verblüffend dargestellt.

Gestern starb nach kurzem Krankenlager der Polizeipräsident G. Die Gattin des Verstorbenen nahm sich das Ableben ihres Gemahls dehest zu Herzen, daß sie freiwillig den Tod suchte. Heute früh fand man sie erhangt mit einer Gardinenstange an einem Eisbrecher in der sogenannten polnischen Weichsel. 3 kleine Kinder sind Babilen geworden.

* **Gestern starb nach kurzen** [Continuation]

Reisenberg, 22. Januar. Der Kroppke'sche Prozeß hat ein höchst bellengewertiges Nachspiel geboten.

Der Rendant der Vorstandsschule, Herr Kaufmann C. H. Brose, hat in der vergangenen Nacht seinem Leben ein gewaltsames Ende gesetzt.

Den Vorschlag einer Reichseinigungskommission, zur Deklaration der durch die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke vermehrten Ausgaben, zollt sie volles Beifall.

* **„Eine alte Weiger Sitte!“** Den Graoully-Umzug will die dortige große Karnevalsgesellschaft dieses Jahr wieder aufstellen lassen. Der „Graoully“ ist ein aus Holz gefertigter Drache, der gegenwärtig noch in der Kathedrale aufbewahrt wird. Bis zum Jahre 1786 pflegte man denselben alljährlich in öffentlichem Aufzuge in der Stadt herumzutragen, bei welcher Gelegenheit die Bader der Stadt dem Drachen allerlei Backwerk in den Rachen warfen. Vor dem Gouvernementsthore wurde Halt gemacht und so dann der Drache von der lieben Jugend mit Nutzen gepeitscht. Dieser Gebräuch, dessen Anfänge bis ins fünfte Jahrhundert zurückreichen sollen, ist wohl auf den Sieg des Christenthums über das Heidenthum im Meier Land verblüffend dargestellt.

Gestern starb nach kurzen

Reisenberg, 22. Januar. Der Kroppke'sche Prozeß hat ein höchst bellengewertiges Nachspiel geboten.

Der Rendant der Vorstandsschule, Herr Kaufmann C. H. Brose, hat in der vergangenen Nacht seinem Leben ein gewaltsames Ende gesetzt.

Den Vorschlag einer Reichseinigungskommission, zur Deklaration der durch die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke vermehrten Ausgaben, zollt sie volles Beifall.

* **„Eine alte Weiger Sitte!“** Den Graoully-Umzug will die dortige große Karnevalsgesellschaft dieses Jahr wieder aufstellen lassen. Der „Graoully“ ist ein aus Holz gefertigter Drache, der gegenwärtig noch in der Kathedrale aufbewahrt wird. Bis zum Jahre 1786 pflegte man denselben alljährlich in öffentlichem Aufzuge in der Stadt herumzutragen, bei welcher Gelegenheit die Bader der Stadt dem Drachen allerlei Backwerk in den Rachen warfen. Vor dem Gouvernementsthore wurde Halt gemacht und so dann der Drache von der lieben Jugend mit Nutzen gepeitscht. Dieser Gebräuch, dessen Anfänge bis ins fünfte Jahrhundert zurückreichen sollen, ist wohl auf den Sieg des Christenthums über das Heidenthum im Meier Land verblüffend dargestellt.

Gestern starb nach kurzen

Reisenberg, 22. Januar. Der Kroppke'sche Prozeß hat ein höchst bellengewertiges Nachspiel geboten.

Der Rendant der Vorstandsschule, Herr Kaufmann C. H. Brose, hat in der vergangenen Nacht seinem Leben ein gewaltsames Ende gesetzt.

Den Vorschlag einer Reichseinigungskommission, zur Deklaration der durch die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke vermehrten Ausgaben, zollt sie volles Beifall.

* **„Eine alte Weiger Sitte!“** Den Graoully-Umzug will die dortige große Karnevalsgesellschaft dieses Jahr wieder aufstellen lassen. Der „Graoully“ ist ein aus Holz gefertigter Drache, der gegenwärtig noch in der Kathedrale aufbewahrt wird. Bis zum Jahre 1786 pflegte man denselben alljährlich in

Statt besonderer Meldung.
Franziska Blaustein,
Max Ritter,
Verlobte. (1314)
Danzig. Berlin.

Selma Erban
Max Wolff
Verlobte. (1361)
Danzig, den 23. Januar 1887.

Loose!
Merlegte Ulmer Münsterbau-Lotterie, Hauptgewinn Mark 75 000, a. M. 3,50, Ölner Dombau-Lotterie, Hauptgewinn Mark 75 000, a. M. 3,50, Marienburg. Schlossbaulotterie a. M. 3.

Heute Morgen 6 Uhr verschied nach langen, qualvollen Leiden mein innigst geliebtes heures Weib, unfere gute, treue und sorgsame Mutter, Frau Jenny Schur,

geb. Gärnert.

Dieses zeigen um stilles Beileid bittend Freunden und Bekannten tief betrübt an. Danzig, den 24. Januar 1887. Die trauernden Hinterbliebenen.

Heute Nachmittag 5 Uhr starb nach kurzem, schweren Leiden unser lieber Sohn, Bruder, Großsohn und Neffe

Walter

im 9. Lebensjahr. Um stilles Beileid bitten Ernst Schultz und Frau, geb. Drews. (1343)

Danzig, den 23. Januar 1887.

Statt besonderer Meldung. Gestern Nacht, kurz vor 12 Uhr, entschlief sanft nach langem schweren Leiden unserer innigst geliebten Schwester, Schwägerin und Tante

Marie Rathmann.

Dieses zeigen mit der Bitte um stillle Teilnahme tief betrübt an. Danzig, den 23. Januar 1887.

Die Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 26. J. Nachmittags 3 Uhr, vom

Sterbehause aus statt (1324)

Heute Nacht 2 Uhr entstieß sanft nach langem schweren Leiden unsere liebe Schwester, Schwägerin, Tante und Großtante

Frau Mathilde Emilie Henk
geb. Rosbister
im 72. Lebensjahr.

Dieses zeigen tief betrübt an. Die Hinterbliebenen.

Szybot, den 23. Januar 1887.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 27. d. Mts., Vormittags 11 Uhr von der Kirche zu Odra auf dem dortigen Kirchhof statt. (1335)

Bekanntmachung.

Behnus Verklärung der Seemölle, welche der Dampfer Jenny, Capitain Anderson, auf der Reise von London nach Danzig erlitten hat, haben wir

einen Termin auf den 25. Januar er.

Vormittags 9 Uhr, in unserem Geschäftssalone, Langenmarkt 43, anberaumt. (1373)

Danzig, den 24. Januar 1887.

Königl. Amtsgericht X.

Bekanntmachung.

In unser Firmenregister ist heute ab Nr. 1231 bei der Firma Johs. Grenzenberg eingetragen, daß in Berlin eine Zweigniederlassung besteht.

Danzig, den 21. Januar 1887.

Königl. Amtsgericht X.

Steckbriefs-Erledigung.

Der unter dem 27. September 1850 hinter dem Fleischgesellen Julius Wozahn aus Elsdorf wegen Diebstahls erlaßene, und unter dem 9. Mai 1881 und 19. Dezember 1881 erneuerte Steckbrief wird als erledigt zurückgezogen. (1340)

Berent, den 21. Januar 1887.

Königl. Amts-Gericht.

Forstrevier Quittainen

Nutz- und Bauholz-Verkauf. Am Dienstag, den 1. Februar cr. Vormittags 10 Uhr, im Zusatzlokal zu Pr. Holland.

1. Schubbezahlte Schelfeld, Kreis Mohrungen.

Eichen: 50 Festm. Langnussholz, feinringig und gelb.

Kiefern: 540 Festm. Langnussholz zu breiten Dielen und starken Balken geeignet. Dore pro Festm. 10 M.

3. Schubbezahlte Schönau, Thierbach

Läss. und Trauten, 8–10 Kilom. von

Bahnhof Pr. Holland entfernt.

Chaussee.

Eichen: ca. 250 Festm. Langnussholz, teilweise sehr starke und astreine Stücke.

Rohbuchen: ca. 200 Festm. Langnussholz,

Leine: = 60 =

Birke: = 70 =

Niefer: = 600 =

Rothanne: = 250 =

Zähren leicht und billig zu be- schaffen.

Aufnahmeregister gegen Entlastung der Abschreibegebühren.

Quittainen in Ostpreußen, den 18. Januar 1887.

Der gräf. Stifts-Obersösterer.

Tößlinger. (1251)

Substation.

Sonntagnachmittag, das Grundstück Dirkschen A. Nr. 157, am Markt gelegen, vor dem Königlichen Amtsgericht in Dirkschen zum Zwangsverkauf. (1112)

Liebhaber werden wegen der günstigen Lage als Geschäftshaus besonders darauf aufmerksam gemacht.

Apfelschnuppen,

dunkelfarb. Frucht. (1369)

Pr. Dfd. 60–75 S. offerirt

Aloys Kirchner,

Poggendorf 73.

Merlegte Ulmer Münsterbau-Lotterie, Hauptgewinn Mark 75 000, a. M. 3,50, Ölner Dombau-Lotterie, Hauptgewinn Mark 75 000, a. M. 3,50, Marienburg. Schlossbaulotterie a. M. 3.

in Cöslin bei unserer Kasse,

in Danzig, Langenmarkt 18, bei Herren Baum &

Pommersche Hypotheken-Aletien-Bau.

Die sämlichen noch nicht ausgelosten Stücke La. E. a. 150 M. der unkundbaren 5% Hypothekenbriefe I. V. Emission, rückzahlbar mit 110%, umfassend die Nummern 1600–1999, 4000–5000 sind zur Rückzahlung vom 1. Juli 1887 ab

Liepmann

Cöslin, den 28. Dezember 1886. (1370)

Die Haupt-Direction.

Admiralty Whitehall

London S. W.

Offerten werden entgegen genommen bis

Mittags am Freitag, den 18. Februar 1887,

Dantzig Fir Timber
Deck and Stage Deals
Oak Plank and Thickstuff
Vistula Pipe Staves
Hogshead Staves.

Formulare, die Contracts-Bedingungen und Specificationen enthaltend, sind auf Verlangen im Britischen Vice-Consulate, Jopeng. No. 3 zu haben.

(1320)

John Collet,

Director of Navy Contracts.

Filzstiel! Filz-Hausschuhe!

Filz-Bantoffel!

Filzhöhlen, Gummiboots für Herren, Holzschuhe, warm gefüttert.

Wintermützen,

Felz- und Filzhüte, Felz-Baretts

verkaufe, um das Lager vor der Inventur zu räumen, zu außergewöhnlich billigen Preisen.

Größtes Hut- und Filzhühn-Lager der Stadt.

B. Blumenthal, 2. Damm 7–8. (1351)

Maraschino di Zara

der Kaiserl. Königl. Priv. Maraschino-Fabrik „Excelsior“

— gegründet 1821 — von

Girolamo Luxardo, Zara.

Hofliefer. d. Kaiserl. von Österreich, Könige von Bayern, Dänemark etc.

Dieser auf allen Ausstellungen mit den höchsten Auszeichnungen prämierte Liqueur, der durch sein wunderbar schönes Aroma, seinen köstlichen Wohlgeschmack und seine vorzüglichen magenstärkenden Eigenschaften sich längst eines Weltrufs erfreut, verdient mit Recht auf keiner Tafel zu fehlen.

Zu haben in allen größeren Wein- und Delicatessen-Handlungen, Conditorien etc. General-Agent für Deutschland: George Pfliimer, Hameln a. W. Agenten an Plätzen, wo noch nicht vertreten, gesucht.

Warnung: Indem ich das verehrliche Publikum bitte, sich durch genaue Beachtung meiner Firma vor zum Theil höchst misslichen Imitationen zu schützen, warne ich jeden meine gesetzlich deponierte Marke zu imitieren oder zu verkaufen, da ich auf's Strengste dagegen einschreite werde. (6955)

HACKER-BRÄU

X MÜNCHEN

Hackerbräu
in Gebinden und Flaschen bei

Robert Krüger, Hundegasse

empfiehlt (435)

Butter.

Frische Sendung süßer

Holsteiner

Sahnenbutter

sobald eingetroffen und empfiehlt

dieselbe per Bd. mit A. 1,30.

Richard Migge,

Unterhandlung,

Breitgasse Nr. 79.

Wollspitzen.

Eine Partie in allen Farben, auch

Wolle und Seide, spottbillig, à

8 cm breite Spitze für ca. 10 S.

yr. Meier. (1359)

Näheres Walter's Hotel, Zimmer 4.

Reinigungs- und Häckselsmaschinen

empfiehlt in guter Ausführung (1309)

Emil A. Baus,

Gr. Gerbergasse 7.

Emil A. Baus,

Stahl-, Eisen-, Maschinen- und

technisches Geschäft,

7. Gr. Gerbergasse 7.

empfiehlt (1308)

Gussstahlhämmer in reicher Ausw.

engl. Kreis- und Bandsägen,

amerikanische Lederriemchen,

Locomotiv- und Wagenmünden,

amerikanische Spiralbohrer,

Lager sämtl. Werkzeuge

u. Maschinen zu completen

Schlosser-, Schmiede- und

Kunstschmiedewerkstätten.

Mein Cigarren-, Cigaretten-,

Tabak- u. Wiener Lederwaren-

Geschäft muß baldigst geräumt

sein. Es bietet sich zu billigen

Einkäufen günstige Gelegenheit.

Carl Hoppenrath,

Magdalengasse 2.

Brafs

zu Festlichkeiten werden stets verliehen

Breitgasse 36 bei A. Baumann. (1325)

Kanarienvögel,

Harzer Rollen, mit

sehr schönen Gefang.

touren a. A. 6–9, ff.

Hohlröller a. A. 10–15, versende

unter Garantie lebender Aufzug per

Nachnahme. C. Boeck,

1261) Freiburg a. u. Thüringen.

Restaurant

3. Gr. Gerbergasse

1. Et. 1261

1